

**Antrag 98/I/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine gerechte Zukunft: Stoppt die Horror-Briefe vom Jobcenter zum 18. Geburtstag!**

1 Im Rahmen der Bürger\*innengeldreform wurde festge-  
2 legt, dass nur Kinder, die zum 18. Geburtstag ein Vermö-  
3 gen von mehr als 15.000€ vorweisen können, für zu Un-  
4 recht gezahlter Leistungen ihrer Eltern in Haftung genom-  
5 men werden dürfen. Wer jetzt am 18. Geburtstag weniger  
6 als 15.000 Euro auf dem Konto hat, kann eine Befreiung  
7 von den durch die Eltern verursachten Schulden beantra-  
8 gen. Dies ist jedoch nicht für Betroffene vor der Gesetzes-  
9 änderung möglich – diese bleiben auf ihren Schulden sit-  
10 zen. Dies ist zumindest ein kleiner Fortschritt. Denn bei-  
11 spielsweise eine kurzfristig ausgeübte Beschäftigung der  
12 Eltern führt oftmals ungewollt zu Beitragsüberzahlungen.  
13 Dennoch sehen wir weiterhin dringenden Handlungsbe-  
14 darf, um junge Erwachsene vor belastenden Forderungen  
15 des Jobcenters zu schützen. Insbesondere die Praxis, junge  
16 Menschen zum 18. Geburtstag mit für sie nicht nachvoll-  
17 ziehbaren Forderungen zu konfrontieren, lehnen wir ab.  
18 Denn als sozialistischer Verband sind wir gegen jede Form  
19 von Diskriminierung.

20  
21 Der Eintritt in die Volljährigkeit kann grundsätzlich ein  
22 herausfordernder Lebensabschnitt sein. Der Staat soll-  
23 te junge Menschen dabei unterstützen ein unabhängi-  
24 ges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie  
25 in diesem bedeutsamen Moment mit JobCenter-Briefen  
26 über vierstellige Rückforderungsaufforderungen zu kon-  
27 frontieren, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer El-  
28 tern entstanden sind, ist nicht nur unfair, sondern auch  
29 erniedrigend. Es stellt eine enorme psychische Belastung  
30 dar und macht sie rechtlich zu Schuldner\*innen. Dies pro-  
31 voziert Armut und Ausgrenzung und erschwert ihnen den  
32 Start ins Erwachsenenleben und verstärkt die Stigmati-  
33 sierung und Diskriminierung von Familien in prekären Le-  
34 benslagen. Unsere Gesellschaft muss junge Erwachsene  
35 unterstützen, anstatt sie für Umstände verantwortlich zu  
36 machen, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen.

37  
38 Seit dem Bürgergeld-Gesetz können junge Menschen nun  
39 eine Beschränkung der Minderjährigenhaftung bei einem  
40 Eigenvermögen von unter 15.000 € beantragen. Die Kor-  
41 respondenz klärt allerdings nicht klar verständlich über  
42 die mögliche Beschränkung der Minderjährigenhaftung  
43 auf. Weiterhin bedarf dies das proaktive Ausfüllen eines  
44 Formulars und ändert nichts an das vorerst entstandene  
45 rechtliche Schuldner\*innenverhältnis.

46  
47 Daher fordern wir die SPD-Mitglieder der

48 Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen  
49 Bundestag auf:

- 50 • Die grundsätzliche Abschaffung des Prinzips der  
51 Minderjährigenhaftung, das heißt, junge Erwachse-  
52 ne dürfen nicht mehr für die Schulden ihrer Bedarfs-  
53 gemeinschaft verantwortlich gemacht werden, die  
54 während ihrer Kindheit entstanden.
- 55 • Im ersten Schritt aber muss die Pflicht der proak-  
56 tiven Beantragung der Minderjährigenhaftung ent-  
57 fallen. Vor Ausstellung einer Rückzahlungsforde-  
58 rung soll eine verständliche Erklärung über die rech-  
59 te des jungen Erwachsenen erfolgen und lediglich  
60 das aktuelle Vermögen erfragt werden.
- 61 • Die Regelungen zur Beschränkung der Minderjähri-  
62 genhaftung im Rahmen des Bürgergeldes müssen  
63 sofort rückwirkend anwendbar werden, um auch je-  
64 nen jungen Erwachsenen zu unterstützen, die in der  
65 aktuellen Gesetzgebung ausgegrenzt werden. Be-  
66 hörden müssten dies aktiv ohne Beantragung um-  
67 setzen.

68  
69 Weiterhin mit Nachdruck, dass die von uns und der  
70 SPD beschlossene Kindergrundsicherung schnellstmög-  
71 lich umgesetzt wird. Diese muss so ausgestaltet sein,  
72 dass eine Konfrontation der jungen Leute mit Rückfor-  
73 derungsaufforderungen ausgeschlossen ist. Die Kinder-  
74 grundsicherung soll Kindern und Jugendlichen gleich-  
75 wertige Startchancen ins Leben ermöglichen und das  
76 darf nicht durch Rückforderungsaufforderungen gefähr-  
77 det werden.